



Hintergrund

zur Schmähung der Vorstände Markus Krebber (Vorsitzender des Vorstands) und Werner Brandt (Vorsitzender des Aufsichtsrats) sowie der Aktionärsvertreter Larry Fink (CEO BLACKROCK) und Armin Laschet (Ministerpräsident NRW) für den Atom- und Fossilenergie-Konzern RWE (Deutschland) mit dem Internationalen ethecon Dead Planet Award 2021

Die RWE AG mit Sitz in Essen ist ein international agierender Energiekonzern, spezialisiert auf die Verstromung von Kohle und Atomkraft. In der Bundesrepublik gehört er neben der ENERGIE BADENWÜRTTEMBERG AG, der EON SE und der VATTENFALL GmbH zu marktbeherrschenden Energie-Oligopolen. In den Niederlanden ist RWE allein der mit Abstand größte Stromversorger, in Tschechien durch seine Tochter RWE SUPPLY & TRADING CZ der größte Erdgashändler- und importeur. Darüber hinaus übernahm der Konzern Stromunternehmen in Belgien, Österreich, mehreren osteuropäischen Staaten, der Türkei und den USA. Am 31. Dezember 2020 beschäftigte er 19.498 Arbeiter*innen und Angestellte. Sie erwirtschafteten im Geschäftsjahr 2020 insg. 13,7 Mrd. EUR Umsatz und erzielten für die Besitzer*innen von RWE einen Profit von 575 Mio. EUR¹.

Die Anfänge

Die Geschichte des RWE-Konzerns ist seit ihren Anfängen eng mit der Gewinnung von Kohleenergie verknüpft. Am 25. April 1898 wurde er als „Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE)“ zunächst als Tochtergesellschaft der Frankfurter ELEKTRIZITÄTS AG (EAG) für die Stromversorgung der Stadt Essen gegründet. Bereits 1900 ließ der Montan-Mogul Hugo Stinnes das erste Elektrizitätswerk mit städtischen Geldern auf seinem privaten Werksgelände bauen. Mit der direkten Verstromung für seine Stahlproduktion umging er die sonst fällige Kohlenumlage an das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat. Erst als 1902 der Mutterkonzern EAG in eine Krise geriet, sicherten sich die Ruhr-Industriellen um Hugo Stinnes² und Fritz Thyssen³ günstig die Mehrheit an RWE

¹ Vgl.: <https://www.rwe.com/-/media/RWE/documents/05-investor-relations/2020-Q4/2021-03-16-financial-statements-of-rwe-ag-2020.pdf?la=en>. Zuletzt abgerufen am 04.08.2021.

² Hugo Stinnes (1870-1924) monopolisierte maßgeblich die deutsche Montanindustrie, profitierte von der Nachkriegsinflation und war einer der reichsten Industriellen seiner Zeit.

³ August Thyssen (1842-1926) fasste große Teile der deutschen Eisen- und Stahlproduktion in einem Familienkonzern zusammen. Für seine Profite förderte er den Kolonialismus und prägte die deutschen Eroberungsziele im ersten Weltkrieg. Nach seinem Tod ging der Konzern in der VEREINIGTEN STAHLWERKE AG auf. Sein Sohn und Erbe Fritz Thyssen (1873-1951) verhalf Hitler an die Macht und gehörte zu den wichtigsten Finanziers und Profiteuren des Faschismus und des zweiten Weltkrieges.



mit Krediten der DEUTSCHEN und der DRESDNER BANK. Stinnes selbst sicherte sich den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Parallel zum Aufstieg der Stahlindustrie wuchsen auch die Kapazitäten von RWE, sodass Stinnes mit immer mehr Gemeinden im Ruhrgebiet und im Rheinland Versorgungsverträge abschließen konnte. Um sich mit öffentlichen Geldern zu finanzieren und leichter an kommunale Konzessionen und Wegerechte zu gelangen, verkaufte Stinnes den Kommunen Anteile an RWE. Stinnes erwarb elektrische Straßen- und Kleinbahnbetriebe, um den Strom abzusetzen.

Schon bald neigten sich die Möglichkeiten der Steinkohleverstromung in Essen dem Ende zu. 1905 erwarb RWE das Braunkohlebergwerk Berggeist bei Brühl, das die dort vorhandenen Braunkohlebestände in nicht einmal zehn Jahren erschöpfte. Der Hunger nach der Kohle ließ RWE nach einem neuartigen Konzept (Klingenberg) das für die damalige Zeit weltweit größte Braunkohlewerk Goldenbergwerk in der Roddergrube (1914) und das Steinkohlekraftwerk Reisholz in Düsseldorf (1908) bauen. Die beiden Werke erbrachten 1924 rund 75% des Energiebedarfs von RWE.

Im ersten Weltkrieg lieferte RWE den nötigen Strom für die energieintensive Rüstungsproduktion. RWE leistete damit eine unverzichtbare Kriegsbeteiligung. Seine Anteilseigner wurden zu Profiteuren dieses industriellen Krieges, der wiederum den Interessen der Schwerindustrie an Absatzmärkten und Rohstoffen diene.

Am Ende dieser Menschheitskatastrophe erhoben sich meuternde Soldaten und Matrosen, entrechtete Arbeiter*innen und die hungernde Bevölkerung. Sie forderten im Zuge der Novemberrevolution nicht nur Brot und Frieden, sondern u.a. auch die Sozialisierung der großen Industrie und die betriebliche Mitbestimmung durch die Arbeiter*innenschaft. Im Ruhrgebiet war diese Bewegung und die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter*innen besonders stark. Den Besitzern von RWE um Stinnes, Thyssen & Co drohte die Enteignung. Unter diesem Druck sahen sie sich dazu genötigt, erstmals die Gewerkschaften als Vertreterinnen der Arbeiter*innenschaft und als Verhandlungspartnerinnen anzuerkennen.⁴ Diese Niederlage der RWE-Besitzer ebnete den Weg für sämtliche Tarifverhandlungen und Rechte zu betrieblicher Mitbestimmung der Weimarer Republik und selbst der Bundesrepublik und zählt damit bis heute zu den größten Errungenschaften der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

⁴ Am 15. November 1918 unterschrieben Hugo Stinnes, Stellvertreter der Ruhrindustriellen, und Carl Legien, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, eine „Satzung für die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“. Diese erstmalige Anerkennung die Gewerkschaften als verhandlungsberechtigte Vertreterinnen der Arbeiter*innenschaft ging als „Stinnes-Legien-Abkommen“ in die Geschichte ein.



Der Enteignung konnten sich Stinnes & Co entziehen. Die Forderungen nach einer Umverteilung der Gewinne hielten jedoch an; Stinnes argumentierte, dass die Vertreter jener Kommunen, die seit 1910 die Mehrheit in den Aufsichtsgremien des Konzerns hielten, bereits für ausreichende Mitbestimmung und öffentliche Beteiligung an den Gewinnen sorgten. Diese Beamten hatte der Konzern bereits bestens im Griff: Ende 1919 unternahm die erste Weimarer Koalition einen zaghaften Versuch zur Zusammenfassung der Elektrowirtschaft in einem staatlichen Betrieb, der unter der Federführung von Reichsschatzminister von Raumer, selbst ehemaliger Vertreter des Elektroindustrieverbandes, im Sande verlief. Im Gegenteil wurde die Stromversorgung im Verlauf der Krise der Weimarer Republik noch weiter privatisiert, als die Gemeinden und Kommunen im Zuge einer Währungsreform ihre Aktienmehrheiten an RWE einbüßten.

1923 kaufte RWE die ehemalige Muttergesellschaft ELEKTRIZITÄTS-AG mit ihren Töchtern MAIN-KRAFTWERKE AG, die KRAFTWERK ALTWÜRTTEMBERG AG und die LECH-ELEKTRIZITÄTWERKE AG. 1927 teilten RWE, die PREUBISCHE ELEKTRIZITÄTS AG und die EWAG im sogenannten „Elektrofrieden“ die deutschen Stromliefergebiete wie Siegermächte unter einander auf. Die Demarkationslinie verlief entlang der Weser bis zum Main.

Faschismus

Ende 1932 sicherte sich RWE im „RHEINBRAUN-Coup“ die Mehrheit an RHEINBRAUN und verwandelte sie in eine Tochtergesellschaft. RWE war fortan das unangefochtene Strom-Monopol im Westen Deutschlands.⁵ Diese Intrige der Ultra-Reichen Industriellen Fritz Thyssen, Friedrich Flick und Albert Vögeler gegen ihren Kontrahenten Paul Silverberg hatte nicht nur die Übernahme von RHEINBRAUN durch RWE, sondern auch die weitere Destabilisierung der Weimarer Republik und einen üppigen Geldsegen für die Wahlkampfkassen der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ zur Folge. Der Coup gilt deswegen als Prolog zur Machtübertragung an die Hitler-Faschisten.

Seit der Weltwirtschaftskrise 1929 war der private Energieverbrauch rückläufig; die überdimensionierten rheinischen Kohlekraftwerke ließen den Konzern auf Überkapazitäten sitzen. Faschismus und Krieg versprachen den rettenden Ausweg. Am 1. Mai 1933 trat der RWE-Vorstand geschlossen der NSDAP in Essen bei. Entgegen ihrer Propaganda, in der von der Dezentralisierung der Energieversorgung die Rede war, trieben die Nazis die Zentralisierung der Energieversorgung voran. Und tatsächlich wurde die Aufrüstung mit den damit verbundenen Staatsaufträgen wie schon im ersten

⁵ Siehe auch: Streich, Günter: Die Börse der schwarzen Diamanten. Ruhrkohle in Essen - Geschichte und Geschichten. Essen 1996.



Weltkrieg zur Quelle des Wachstums von RWE und dem Reichtum seiner Anteilseigner. Nicht nur über die Kommunalmandate in den Aufsichtsgremien kontrollierte die NSDAP den RWE-Konzern; die Vorstände selbst waren glühende Anhänger des faschistischen Angriffs- und Vernichtungskrieges, der den Industriellen den Zugriff auf eroberte Firmen, Absatzmärkte und Sklavenarbeiter*innen versprach.⁶

Erst nachdem die militärischen Niederlagen der Wehrmacht 1943 bekannt wurden, äußerte sich RWE-Vorstandsmitglied Wilhelm Ricken pessimistisch über die Kriegschancen des Deutschen Reiches und wurde dafür aus dem Kreise seiner Kollegen denunziert. Er wurde 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet. Heute bemüht sich RWE darum, diesen Dissens als demokratischen Widerstand zu stilisieren und seine Verantwortung für Faschismus und Krieg unter den Teppich zu kehren.⁷

Die Deutschland AG

Wie schon nach dem ersten war die deutsche Gesellschaft auch nach dem zweiten Weltkrieg durch eine aufstrebende Arbeiter*innenbewegung geprägt. Die Gewerkschaften bemühten sich den Einfluss der Großindustrie zurückzudrängen, die sie als Hauptverursacher von Faschismus und Krieg identifizierten. Selbst die britische Militärregierung schlug zeitweise die Sozialisierung von Schlüsselindustrien vor. Auch das deutsche Grundgesetz enthält aus diesem Grund Paragraphen zur Vergesellschaftung im Interesse der Allgemeinheit, die jedoch nie zur Anwendung kamen.

Auf der anderen Seite wurde RWE schnell der größte Energieversorger der alliierten Besatzungszonen. Die Alliierten gestatteten den Energieversorgern bereits 1948 auf Initiative von RWE wieder den Zusammenschluss in der Interessengemeinschaft Deutsche Verbundgesellschaft e.V., mit dem RWE & Co die Politik beeinflussten und gestalteten.⁸

Um die Kooperation der Gewerkschaften insbesondere im Bergbau sowie in der Eisen- und Stahlproduktion sicherzustellen, war erneut ein Kompromiss nötig. Das 1951 erlassene Montan-Mitbestimmungsgesetz⁹ sah eine herausgehobene Mitbestimmung der Arbeiter*innenschaft in den

⁶ Hitler versprach den ultra-reichen deutschen Industriellen die Eroberung neuer Industrieanlagen, Absatzmärkte und Arbeitskräfte - insbesondere in Osteuropa. Die Sowjetunion und die Arbeiterbewegungen Europas sollten zerschlagen werden, die Völker Osteuropas sollten der deutschen Industrie als Sklaven dienen. Nachdem Hitler den versammelten Ruhrindustriellen des Düsseldorfer Industrieclubs am 26. Januar 1932 diese Pläne präsentierte, entschlossen sie sich überwiegend zur Unterstützung der NSDAP. Unter ihnen befanden sich auch Vorstände und Großaktionäre von RWE. Ein Jahr später kam die NSDAP an die Macht.

Der Eroberungs- und Vernichtungskrieg scheiterte schlussendlich am Widerstandswillen der sowjetischen Bevölkerung. Der zweite Weltkrieg (1939-1945) forderte über 50 Millionen Menschenleben.

⁷ Vgl.: Wolf Thieme/Dieter Schweer: RWE – ein Konzern wird transparent. Gabler-Verlag, Wiesbaden 1998. Seite 140.

⁸ Vgl.: Werner Abelshäuser: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung. C.H. Beck, München 1984.

⁹ Amtlich: „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“. Es sah eine echte Parität der Arbeiter*innen- und Kapital-Vertreter im Aufsichtsrat vor.



Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus vor, zu denen auch RWE mit seinen Tagebauen zählte. RWE begünstigt außerdem – wie schon nach dem ersten Weltkrieg - lokale Politiker*innen und Vertreter*innen städtischer Energieerzeuger über seine Regionalbeiräte mit üppigen Aufwandsentschädigungen. Diese Praxis wurde immer wieder als legale Korruption kritisiert.¹⁰¹¹ Bis heute zählt die für RWE zuständige Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) zu den am stärksten sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaften.

Die Spitze im Aufsichtsrat von RWE nahmen in der Zeit der Bonner Republik¹² zumeist abwechselnd Vertreter der größten privaten Eigentümer ein: Die Vorstände der DEUTSCHEN und der DRESDNER BANK. Damit war RWE immer wieder beispielhaft für die zunehmende Verflechtung von Industrie- und Bankkapital in der Bonner Republik.¹³ Gegen dieses Macht-Karussell einer nicht demokratisch legitimierten Elite von Großaktionären und Managern entbrannten immer wieder demokratische und soziale Proteste. Im „deutschen Herbst“ 1977 wurde gar der Vorstandssprecher der DRESDNER BANK und Aufsichtsratsvorsitzende von RWE, Jürgen Ponto, bei einem Entführungsversuch der Roten Armee Fraktion erschossen.¹⁴

In Kooperation mit den beteiligten Banken entwickelte sich RWE zu einem Mischkonzern, der mit der Übernahme von DEUTSCHE TEXACO 1988¹⁵ auch zeitweise im Erdölgeschäft investierte und ein eigenes Tankstellennetzwerk betrieb. Nach der Zerschlagung der DDR und der Enteignung des ostdeutschen Volkseigentums durch die Treuhand-Anstalt kaufte RWE zusammen mit PREUSSENELEKTRA und dem BAYERNWERK zunächst im sog. „Stromvertrag“ fast die gesamte ostdeutsche Energiewirtschaft. Doch

¹⁰ Vgl.: <https://www.sueddeutsche.de/politik/rwe-gehaltsliste-beiraeete-absolut-ueblich-1.522170>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

¹¹ Siehe dazu weiterführend: Werner Rügemer: Die deutsche Justiz und die Korruption. In: Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik. 1997, Seite 466.

¹² In der ersten Epoche der auf Westdeutschland beschränkten Bundesrepublik Deutschland, von ihrer Gründung nach dem zweiten Weltkrieg bis zur Annektierung der DDR, war Bonn die Hauptstadt der Bunderepublik. - Daher „Bonner Republik“ (1945-1991).

¹³ Siehe dazu weiterführend: Ralf Ahrens/Boris Gehlen/Alfred Reckendrees (Hrsg.): Die 'Deutschland AG'. Historische Annäherungen an den bundesdeutschen Kapitalismus (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Band 20). Klartext Verlag, Essen 2013.

Jürgen Roth: Der Deutschland Clan. Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Management und Justiz, Eichborn Verlag 2006.

¹⁴ Im Kontext der Dekolonisierung und erfolgreicher sozialistischer Revolutionen in der dritten Welt nahmen Anfang der 1970er Jahre auch in Europa zahlreiche linksradikale Gruppierungen den bewaffneten Kampf gegen die bürgerliche Herrschaft auf. In der BRD spitzte die „Rote Armee Fraktion“ im Herbst 1977 die Konfrontation mit der Staatsmacht durch mehrere Anschläge auf und Entführungen von hochrangigen Industriellen und Funktionären zu einer echten Staatskrise zu. Siehe hierzu weiterführend: Martin Hoffmann (Hrsg.): Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. ID-Verlag, Berlin 1997. Online verfügbar unter:

<https://www.nadir.org/nadir/archiv/PolitischeStroemungen/Stadtguerilla+RAF/RAF/brd+raf/000.html>. Zuletzt abgerufen am 20.08.2021.

¹⁵ Vgl.: Heinz-J. Bontrup/Ralf-M. Marquardt: Kritisches Handbuch der deutschen Elektrizitätswirtschaft. Berlin, 2010. Seite 219.



die ostdeutschen Kommunen wehrten sich erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht und erzwangen 1992 im „Stromvergleich“ die Gründung von unabhängigen ostdeutschen Stadtwerken.¹⁶

Im Rahmen der Liberalisierung der Energiemärkte in der Europäischen Union blieben in Deutschland nach einer Reihe von Übernahmen im Laufe der 1990er- bis Anfang der 2000er-Jahre von ehemals acht Elektrizitätsversorgungsunternehmen nur „die großen Vier“ übrig: RWE, E.ON, EnBW und VATTENFALL. Dieser hohe Monopolisierungsgrad und die territoriale Aufteilung Deutschlands unter diesen Konzernen erinnern seither an den Stand der Stromwirtschaft vor dem zweiten Weltkrieg.

Mit dem Sturz des Fernmeldemonopols wurde in den 1990ern auch die Privatisierung der Telekommunikation forciert. RWE drängte mit umfangreichen aber kurzlebigen Beteiligungen an O.TEL.O und E-PLUS auch in diesen Bereich wichtiger öffentlicher Infrastruktur.

Im Jahr 2000 fusionierte RWE mit den VEREINIGTEN ELEKTRIZITÄTSWERKEN WESTFALEN und vereinigte damit die Braunkohle-Förderung und die Braunkohle-Verstromung in einem Konzern. Im Rahmen einer Umstrukturierung seit 2003 wurden sämtliche Strom erzeugenden Teilgesellschaften der RWE AG als RWE POWER AG mit Sitz in Essen und Köln zusammengefasst.

Während andere Energieversorgungsunternehmen zunehmend erneuerbare Energien ausbauten, setzt RWE bis heute vor allem auf die Kohle-Verstromung, die die giftigste und klima-schädlichste aller Energiegewinnungs-Methoden ist. Die Konzernspitze setzt seit jeher auf seine Monopolmacht über kritische Infrastruktur, um erpresserischen Einfluss auf die Bundes- und Landesregierungen auszuüben. Obwohl der von der Bundesregierung 2015 unterzeichnete Klimaschutzvertrag von Paris die Begrenzung der Erderwärmung auf max. 2 Grad Celsius vorsieht und damit einen Globalen Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 vorgibt¹⁷, verschob dieselbe Bundesregierung den Kohleausstieg in Deutschland auf das Jahr 2038.¹⁸ Mit der Neufassung der Großfeuerungsanlagenverordnung vom Juli 2021 erlaubt die Bundesregierung den Kohle-Kraftwerken zudem weiterhin in großem Maßstab Schadstoffe auszustoßen, die nach Studien von Client Earth und der Deutschen Umwelthilfe im ausstehenden Zeitraum bis 2038 drohen 18.000 Menschen tödlich zu vergiften.¹⁹ Nichtregierungsorganisationen warnten immer wieder, dass diese Verträge der Bundesregierung mit

¹⁶ <https://www.verbaende.com/news.php/22-Dezember-1992--20-Jahre-Stromvergleich-Ostdeutschland-fast-ohne-Stadtwerke?m=87723>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

¹⁷ Vgl.: de.clientearth.org/geplante-schadstoffgrenzwerte-fur-kohlekraftwerke-widersprechen-europaischem-recht/. Zuletzt abgerufen am 20.08.2021.

¹⁸ Vgl.: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestag-kohleausstieg-109.html>. Zuletzt aufgerufen am 06.10.2021.

¹⁹ Vgl.: <https://www.de.clientearth.org/bundesregierung-verpasst-chance-tausende-vorzeitige-todesfalle-aufgrund-von-luftverschmutzung-aus-kohlekraftwerken-zu-verhindern/>. Zuletzt abgerufen am 20.08.2021.



RWE und weiteren Braunkohle-Unternehmen keinen Bestand haben würden und lediglich die kommenden Regierungen durch Entschädigungsforderungen bei einem vorgezogenen Kohleausstieg erpressbar machen werden.²⁰

Umsiedlung, Vertreibung, und Zerstörung

RWE vernichtet seit 1952 historische Dörfer in Nordrhein-Westfalen, um die darunterliegende Braunkohle abzubauen und zu verstromen. Von Anfang an protestierten Betroffene gegen die Enteignungen, Räumungen und Vertreibungen aus ihren Heimatdörfern. Wertvolle Kulturgüter wie mittelalterliche Kirchen wurden zerstört, die besonders fruchtbaren Ackerböden der Region ebenfalls unwiederbringlich ruiniert und ganze Familien und Dorfgemeinschaften entwurzelt und traumatisiert. Seit Mitte der 1950er Jahre wurden im Rheinland mehr als 38 Tsd. Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Nach den Plänen von RWE sollen es bis Mitte des 21. Jahrhunderts 42 Tsd. sein.²¹

Vom 18.-20. Juni 2021 fand im bedrohten Dorf Lützerath am Tagebaurand nahe Erkelenz ein Tribunal gegen RWE statt, auf dem Betroffene von ihren Vertreibungen berichteten.²² Trotz eines Urteils des OVG Münster, dass die Räumung und den Abriss des Ortes Morschenich nach erfolgreichen Protesten am Hambacher Wald 2018 untersagte, ließ RWE im Einvernehmen mit dem Merzenicher Bürgermeister Georg Gelhausen "für den Ortskern irrelevante Straßen in Morschenich abbaggern"²³. Geräumte Häuser wurden oftmals durch RWE zugemauert, um so die Rückkehr der vertrieben Bewohner*innen zu verhindern.²⁴

Gifte

Die dramatischen Gesundheits- und Umweltschäden, die die verschiedenen in der Kohleverstromung erzeugten, festen flüssigen und gasförmigen Giftstoffe verursachen, sind der Kohle-Industrie und RWE seit Jahrzehnten bekannt. Unzählige mahnende Untersuchungsergebnisse wurden geheim gehalten. Von RWE finanzierte Studien verharmlosten die Folgen und lenkten von der wachsenden Gefahr ab. So konnte RWE die Öffentlichkeit über die Gefahrenlage betrügen und die Kohleverstromung bis heute zu einer Bedrohung von apokalyptischen Ausmaßen anwachsen lassen.

²⁰ Vgl.: de.clientearth.org/braunkohle-ausstieg-bundesregierung-macht-sich-erpressbar/. Zuletzt abgerufen am 20.08.2021.

²¹ Vgl.: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland: Braunkohle im Rheinland. Das Beispiel Garzweiler II. 2017. Seite 5. Online verfügbar unter: <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlentagebaue/garzweiler/>. Zuletzt aufgerufen am 06.10.2021.

²² www.deutschlandfunk.de/rwe-chef-rolf-martin-schmitz-2040-sind-wir-klimaneutral.868.de.html?dram:article_id=463546. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

²³ So verkündete Bürgermeister Georg Gelhausen öffentlich im Januar 2019.

²⁴ ethecon konnte sich in Lützerath 2021 selbst ein Bild von der Lage machen und diese Praxis bezeugen.



2018 emittierte die Braunkohle-Verstromung lt. UBA insgesamt 3.815 Kg Quecksilber, 477 Kg Cadmium, 3.602 Tonnen Blei und 921 Kg Arsen. Mit diesen festen und flüssigen Abfallprodukten vergiftete die Industrie insbesondere die Menschen in den Förderregionen.

Kohlekraftwerke sind für etwa ein Drittel der weltweiten Arsen-Emissionen verantwortlich. Arsen ist hoch toxisch, weil es die DNA-Reparatur, den zellulären Energiestoffwechsel und andere lebenswichtige biochemische Prozesse stören kann.

Sulfate, die ebenfalls bei der Kohlegewinnung ins Grundwasser geraten, sind von besonderer Gefahr für die Trinkwasserversorgung großer Braunkohle-Regionen. Die Sulfat-Konzentration im Grundwasser ist in einigen Bereichen des Rheinischen Braunkohle-Reviers schon jetzt so hoch, dass hier keine Trinkwassergewinnung mehr möglich ist.²⁵

Kohlekraftwerke verursachen außerdem etwa die Hälfte aller industriellen Quecksilberemissionen. Das hochgiftige Schwermetall gibt bereits bei Zimmertemperatur Dämpfe ab. Eingeatmete Dämpfe wirken stark toxisch. Noch gefährlicher sind organische Quecksilberverbindungen, die durch die Einwirkung von Mikroorganismen entstehen und fettlöslich das Nervensystem angreifen.²⁶

Nickel kann Nickeldermatitis verursachen und ist der häufigste Auslöser für Kontaktallergien. In Deutschland zeigen schätzungsweise 1,9 bis 4,5 Millionen Menschen Unverträglichkeiten gegen Nickel. Etwa 10 % aller Kinder sind gegenüber Nickel sensibilisiert. Erhöhter Nickelgehalt in der Atemluft und im Trinkwasser sind Risikofaktoren für eine Sensibilisierung gegen Nickel bei Kindern.

Uran ist aufgrund seiner Radioaktivität gefährlich und, wie die meisten Schwermetalle, chemisch giftig. Die chemisch gefährlichen wasserlöslichen Uranverbindungen schädigen die Nieren. Die Radioaktivität kann Erbgutveränderungen verursachen und zu Krebserkrankungen führen.

²⁵ Die Trinkwassergewinnungsanlage in Aldenhoven musste deswegen bereits abgeschaltet werden. Gleiches droht den Trinkwasseranlagen in Glesch, Paffendorf, Sindorf und Türnich, die vom Sulfatstrom aus dem Tagebau Hambach betroffen sein werden. Für diese 4 Anlagen ist bereits die Abschaltung geplant. Deren Aufgabe wird perspektivisch von der auszubauenden Anlage in südlichen Dirmersheim übernommen. Die Rohrleitungen hierfür werden bereits entlang der Erftschiene von RWE gebaut. Welche Trinkwassergewinnungsanlagen östlich des Tagebaus Garzweiler abgeschaltet werden müssen, ist uns nicht bekannt. Da hier die Sulfatisierung am stärksten wirkt, müsste sich der Einfluss auf die Trinkwassergewinnung im Raum Grevenbroich bzw. dem Rhein-Kreis-Neuss auch am stärksten auswirken. Die Zahlen präsentiert während des RWE-Tribunals: Dipl.-Ing. Peter Immekus, Vorsitzender des Netzwerks Bergbaugeschädigter e.V. des rheinischen Braunkohlenreviers.

²⁶ Es kommt zu Sehstörungen, Hörstörungen und Sensibilitätsstörungen gefolgt von Problemen in der Motorik. Während der Schwangerschaft aufgenommenes organisches Quecksilber beeinträchtigt die Kindesentwicklung. Die Auswirkungen auf das Ungeborene sind in mehreren Studien untersucht worden. Kinder weisen eine im Vergleich zu Erwachsenen 5 bis 10-fach erhöhte Empfindlichkeit gegenüber organischem Quecksilber auf, die sich in motorischen und kognitiven Entwicklungsstörungen äußert. Die Zahlen präsentiert während des RWE-Tribunals: Dipl.-Ing. Peter Immekus, Vorsitzender des Netzwerks Bergbaugeschädigter e.V. des rheinischen Braunkohlenreviers.



Eine besondere Bedrohung für die Menschen in den Regionen des Braunkohle-Tagesbaus rührt von den Feinstäuben her: Partikel mit einem Durchmesser kleiner 10 µm, die über weite Strecken vom Wind getragen werden und mit der Atemluft bis in Bronchien eindringen. Kleinere Partikel mit einem Durchmesser von weniger als 2.5 µm können bis in die Lungenbläschen gelangen. Ultrafeine Stäube, die mehr als hundertmal kleiner als Feinstäube sind, können sogar von der Lunge aus in das Blut gelangen und ihre schädliche Wirkung in anderen Organen bzw. im Blut selbst entfalten.

Sie können Unfruchtbarkeit und schwere Lungenschäden, Asthma und auch Krebs verursachen. Kleine Kinder "rauchen" passiv durch die Feinstäube etwa drei Zigaretten am Tag und weisen nur durch ihr Aufwachsen in dieser belasteten Region bereits ähnliche Lungenschäden auf, wie sie Raucher*innen in sauberer Umgebung zeigen.²⁷

Zu den wichtigsten Ursachen der Feinstaubbelastung zählt Schwefeldioxid. 2018 stieß die Braunkohleverstromung 71.000 Tonnen Schwefeloxide aus. Allein 10 Kohlekraftwerke sind für mehr als 70 Prozent der Schwefeldioxidemissionen in der EU verantwortlich. 40 Prozent der Stickoxidemissionen im Stromsektor werden in Form von Feinasche ausgestoßen und tragen zur Smogbildung bei.

Die Kernzone der Feinstaubemissionen des nordrhein-westfälischen Braunkohlereviere um die Tagebaue Hambach, Garzweiler und Inden liegt zwischen den Großstädten Köln, Bonn, Düsseldorf und Aachen und belastet die Atemluft in einem der größten Ballungszentren Europas. Dies führt zu deutlichen, statistisch belegten Gesundheitsschäden der Bevölkerung.²⁸

Die genauen Wirkungen durch die Kombinationen dieser vielen Schadstoffe, die sich in den Industrie-Abfällen von RWE verbinden, sind kaum untersucht.²⁹ Bis ca. 1970 wurden im Bereich um Frimmersdorf Industrie-Abfälle in der Landwirtschaft „beigemengt“, sodass die genannten Gifte unmittelbar in den Nahrungskreislauf gelangten. Heute werden Reststoffe in Deponien abgelagert, von wo aus sie langsamer, aber langfristig dennoch unvermeidlich in die Ökosysteme gelangen. Die Existenz von

²⁷ Siehe dazu das Referat von Kinderarzt Christian Döring auf dem RWE-Tribunal am 19.09.2021. <https://www.youtube.com/watch?v=stnGabVMt7E>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

²⁸ Vgl.: <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohle-und-gesundheit/feinstaub-aus-tagebauen/>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

²⁹ Der Chemiker Jörg Obergefell urteilte im Rahmen des RWE-Tribunals am 19. Juni 2021: „Die Betrachtung der Wirkung einzelner Schadstoffe auf die Volksgesundheit darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich aus der Kombination verschiedener Substanzen weiteres Schadenspotenzial oder sogar eine Verstärkung der Toxizität ergeben kann. Wissenschaftlich Studien dazu sind sehr selten und Grenzwerte zu einzelnen Schadstoffkombinationen existieren nicht. Der wirkungsvollste Weg zum Schutz der Umwelt und Volksgesundheit vor den Auswirkungen der Kohleverstromung ist der schnelle Kohleausstieg. Wegen der exorbitanten Gesamtkosten der Kohlestromerzeugung würde damit auch eine Entlastung der Volkswirtschaft erzielt. Die realen Kosten der thermischen Verwertung von Braun- und Steinkohle sind nicht eingepreist und werden der Allgemeinheit aufgelastet.“



Altlasten scheint vielerorts nicht durchgängig dokumentiert und ihre Gefährlichkeit wird permanent von Kommunalpolitiker*innen bestritten, die als Vertreter*innen der an RWE beteiligten Kommunen in einem Interessenkonflikt stehen.

Klimakollaps

Die größte Zerstörung droht der menschlichen Gesundheit und den Ökosystemen weltweit durch die Emission von Treibhausgasen, die den Klimawandel vorantreiben. 2018 stießen Kohlekraftwerke insgesamt 4.717 Tonnen Lachgas, 103.000 Tonnen Stickoxide, 900 Tonnen Methan sowie 146 Mio. Tonnen Kohlendioxid aus. Besonders durch die Emissionen der Rheinischen Industrie und nicht zuletzt der Braunkohleverstromung durch RWE liegt Deutschland beim CO₂-Prokopf-Ausstoß weltweit an dritter Stelle. RWE ist heute der größte CO₂-Verursacher und damit der größte Treibhausgas-Emittent Europas. Selbst das Umweltbundesamt berechnet die durch RWE verursachten finanziellen Schäden auf jährlich mindestens 5 Mrd. EUR.³⁰

Seit Beginn der industriellen Produktion vor ca. 200 Jahren steigt der Gehalt dieser Treibhausgase, insbesondere von CO₂ durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Öl, Gas und Kohle ständig weiter an. Dies hat die Durchschnittstemperatur auf der Erde bereits um mehr als ein Grad Celsius angehoben. In der Folge nahmen Extremwetter-Ereignisse zu, verschoben sich die Meeres- und Luftströmungen und die Vegetationszonen und veränderten sich in ihrer Dynamik, was zu einem Massenaussterben unzähliger Tier- und Pflanzenarten führte. Die Anzahl der Spezies auf unserem Planeten (Biodiversität) sinkt rapide und all das bedroht längst die Grundlagen der Bewohnbarkeit unseres Planeten. Die Verschiebungen der Agrar-Anbauflächen und die steigenden Meeresspiegel allein bedrohen schon in den nächsten Jahrzehnten einen Großteil der Menschheit mit Hunger und Vertreibung. Dieses absehbare Elend spitzt ferner den Wettlauf der imperialistischen Staaten um die letzten Rohstoffe zu und steigert damit enorm die Kriegsgefahr. Diese Entwicklungen wurden von der Klimaforschung spätestens in den 1970er Jahren belegt aber von den Öl- Gas- und Kohle-Konzernen vertuscht und geleugnet. Durch haltlose gekaufte Gegenstudien wurde die Weltöffentlichkeit über diese Gefahren getäuscht. Im Sommer 2021 bestätigte der Weltklimarat, dass bereits diverse Kipp-Punkte des Erdklimas wie das Auftauen der Permafrostböden und die Veränderung der Meeresströmungen

³⁰ Vgl.: Umweltbundesamt 2019. Die Berechnungen des Amtes können jedoch die Folgeschäden eines die Kipp-Punkte überschreitenden und sich beschleunigenden Klima-Zusammenbruchs kaum beziffern.



überschritten sein könnten und so eine unaufhaltsame, unabsehbare Verstärkung der Treibhauseffekte einzusetzen droht.³¹

Gewalt gegen Klima-Schützer*innen

Seit 2012 besetzen Waldschützer*innen einen Teil des rodungsgefährdeten Hambacher Forst und stoppen so effektiv die Abholzung für den Braunkohle-Tagebau von RWE.³² Der Kohlekonzern beabsichtigte von 2018 bis 2020 rund die Hälfte des 200 Hektar großen Waldstücks am Rande des Dorfes Buir zu zerstören. RWE zerstörte hier nicht nur das Erdklima insgesamt, sondern auch konkret die Lebensräume verschiedener, europarechtlich geschützter seltener Tierarten wie Bechsteinfledermaus, Springfrosch, Haselmaus und Mittelspecht. Nach zähen Auseinandersetzungen zwischen RWE und Naturschützer*innen verfügte das Oberverwaltungsgericht Münster am 05. Oktober einen vorläufigen Rodungsstopp für den Hambacher Forst. Zehntausende demonstrierten im nahegelegenen Buir für den Erhalt des Waldes und den Ausstieg aus der Braunkohle. Hunderte Jugendliche riskierten ihre Gesundheit und ihre Freiheit, indem sie im Braunkohle-Tagebau die Bagger von RWE besetzten und zum Stillstand brachten. Auf der ganzen Welt wurde der Hambacher Forst als Symbol für den Kampf gegen die Kohle-Verstromung und den Klimawandel bekannt.

Diese historische Errungenschaft der Bewegung für Klimagerechtigkeit wollten RWE und Ministerpräsident Armin Laschet nicht bestehen lassen. Immer wieder überfielen Schläger aus dem Sicherheitspersonal von RWE die Baumbesetzer*innen. Noch vor dem Ende des Rodungsstopps verfügte die Landesregierung von Nordrheinwestfalen um Armin Laschet (CDU) einen Räumungsbefehl gegen die Baumbesetzer*innen, vorgeblich aus Gründen des Brandschutzes.³³ Fünf Wochen lang zerstörten bei einem beispiellosen Polizeieinsatz Polizist*innen Baumhäuser und nahm Demonstrant*innen fest. Bei dem schonungslosen Einsatz wurde keine Rücksicht auf die Gesundheit der Besetzer*innen genommen. Bei der Räumung kam der junge Aktivist und Dokumentarfilmer Steffen Meyn ums Leben.³⁴ Die Verfügung der Räumung aus Gründen des Brandschutzes wies drei Jahre später, im September 2021, das Verwaltungsgericht in Köln als „rechtlich mangelhaft und

³¹ Mehr über den Klimawandel, seine Folgen und wie wir ihn noch stoppen können: Anders Bjerre Mikkelsen (hrsg.: ethecon): Klimawandel – eine Systemkrise. 2021. Online als PDF verfügbar unter: <https://www.ethecon.org/wp-content/uploads/2021/08/Klima.pdf>.

³² Der Hambacher Forst zwischen Köln und Aachen hatte vor Beginn der Rodungen durch RWE eine Fläche von 4100 Hektar. 2018 waren davon noch ca. 500 Hektar übrig. Die weitere Abholzung für die Ausdehnung des Braunkohle-Tagebaus ist bis heute Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

³³ <https://www.ardmediathek.de/video/westpol/westpol/wdr-fernsehen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLWlWYTlZnZjLTJfODctNDAwNy05OTYzLTdhODMxNTNmMTkwMA/>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

³⁴ <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1126027.hambacher-forst-im-wald-gestorben.html>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.



vorgeschoben“ zurück.³⁵ Ministerpräsident Armin Laschet und sein Innenminister Reul (beide CDU) übernahmen bis heute keinerlei Verantwortung.

Atomenergie und Atomwaffen

Jenseits der Vergiftung der Umwelt und des Klimas durch seine Kohle-Tagebaue gefährdet RWE den Planeten auch durch Atomenergie und die Beteiligung an der Herstellung von Kernwaffen.

Als in den 1950er Jahren Pläne für die städtische Energieversorgung durch Atomenergie entwickelt wurden, sträubte sich die auf Braunkohleverstromung spezialisierte Unternehmensführung noch gegen diese Pläne – allerdings nicht aufgrund ökologischer Bedenken, sondern allein aus Kostenprognosen: Die Beseitigung beziehungsweise ewige Endlagerung des hochgefährlichen Atommülls, so berechnete RWE, sei genauso teuer wie die Stromgewinnung selbst. Während RWE seine Braunkohle-Kraftwerke Fortuna, Frimmersdorf, Weisweiler und Goldenberg weiter ausbaute, betrieb der Konzern zugleich aufwändige Propaganda gegen die Atomkraft und stellte sie als technisch nicht umsetzbare Utopie dar. Doch diese Kampagne trieb lediglich den Preis in die Höhe; RWE ließ sich die politische Entscheidung für den Einstieg in die Atomkraft vergolden.

1956 baute RWE zunächst das Versuchsatomkraftwerk Kahl und nahm zehn Jahre später entgegen großer Proteste von Anwohner*innen das zu zwei Dritteln vom Bund finanzierte, erste Großkraftwerk Deutschlands in Grundremmingen in Betrieb.³⁶ Bei der Wahl der Konzeption seiner ersten AKW als Siedewasser-Kraftwerke folgte das RWE-Management stets den günstigsten zulassungsfähigen Entwürfen und schlug Sicherheitsbedenken in den Wind. 1969 gab RWE mit Biblis A das damals weltgrößte Nuklear-Kraftwerk in Auftrag.

RWE ist mit einem Sechstel der Aktien an der britischen URENCO-Gruppe umfangreich an der Herstellung von Zentrifugen für die Urananreicherung beteiligt. URENCO liefert u.a. Brennstäbe nach Japan, wo sich 2011 in Fukushima ein bis heute andauernder Super-GAU ereignete.³⁷ In seiner deutschen Anlage im westfälischen Gronau kam es am 21. Januar 2010 bei der Anreicherung von Uran

³⁵ <https://www.sueddeutsche.de/politik/hambacher-forst-raeumung-rechtswidrig-1.5405125>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

³⁶ Dem Bau des Atomkraftwerkes gingen zahlreiche Proteste voraus: Zunächst hatte die Stadt Nürnberg noch ein ursprünglich für Bertoldsheim an der Donau in einem Trinkwasserschutzgebiet geplantes Bauvorhaben stoppen können. Auch in Grundremmingen kam es zu Protesten, diese wurden jedoch übergangen oder gekauft. In der Geschichte des Kraftwerkes, dessen letzter Reaktorblock bis heute in Betrieb ist, kam es zu einer Reihe von Störfällen, darunter am 13. Januar 1977 zu einem Unfall mit wirtschaftlichem Totalschaden. Nur knapp konnte eine Kernschmelze verhindert werden, 200 bis 400 Kubikmeter radioaktiven Wassers traten ins Grundwasser aus. Siehe dazu: Joachim Radkau: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975.

³⁷ Mehr über die Menschheitskatastrophe von Fukushima in unserem Dossier über die Verleihung des ethecon Dead Planet Award 2012 an die Verantwortlichen Manager*innen und Großaktionäre des Atomenergie-Konzerns TEPCO (Japan): www.ethecon.org/download/Dossier_Black_Planet_Award_2011_deutsch.pdf.



zu einem Unfall, bei dem mindestens ein Arbeiter kontaminiert wurde. Hier wird Uran nicht nur für die gefährliche Energiegewinnung in Atomkraftwerken, sondern auch für die Herstellung von Nuklearwaffen angereichert. Das US-Verteidigungsministerium plant URENCO's Uran im Falle eines Atomkrieges für seine „Rapid Response Scenarios“ zu nutzen, also für mobile dezentrale Zweitschlags-Waffen. Damit machen die USA und URENCO Standorte wie Groningen zu zusätzlichen Kriegszielen. RWE-Aktionär*innen verdienen durch die Beteiligung an URENCO am atomaren Wettrüsten, das die Menschheit permanent mit einer nuklearen Apokalypse bedroht.

Kartellbildung und Lobbyismus

RWE und seine Konkurrenten bilden seit den 1920er Jahren ein verdecktes Kartell und untergraben die Demokratie, um sich gesetzlichen Einschränkungen zu entziehen. In der Bundesrepublik tun sie das in- und außerhalb des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, insbesondere um Umweltschutzmaßnahmen zu entgehen oder sie aufzuweichen. Außerdem ist das Strom-Kartell auch über gegenseitige Besitzanteile verschränkt. So besitzt zum Beispiel die RWE AG heute noch 15 Prozent der Aktien der Konkurrentin EON SE, die aus der früheren VEREINIGTEN ELEKTRIZITÄTS- UND BERGWERKS AG hervorging.³⁸ 2014 verklagten RWE, EON und VATTENFALL gemeinsam die Bundesregierung, die 2011 nach der Katastrophe von Fukushima den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hatte. Das Bundesverfassungsgericht sprach den Konzernen im Dezember 2016 das Recht auf eine finanzielle Entschädigung für das ab 2022 ausbleibende Geschäft mit dem Atomstrom zu.³⁹

Seit Oktober 2018 belegte eine Reihe von Gutachten, dass die Kohlegewinnung inzwischen auch wirtschaftlich obsolet ist. RWE hatte den Anschluss an die erneuerbaren Energiegewinnungstechnologien jedoch längst verpasst und setzt deshalb bis heute auf seine Monopolmacht in der Kohleverstromung und seine Durchsetzungsfähigkeit in der Politik.⁴⁰

2020 gelang es RWE erneut im sogenannten „Kohle-Kompromiss“, seine Interessen durch Lobbyarbeit durchzusetzen. Im Rahmen einer Kommission wurden Klimawissenschaftler*innen und Umweltschutzverbände befragt, die belegten, dass für die Einhaltung der Klimaschutzziele von Paris, die die Bundesregierung unterschrieben hatte, ein kurzfristiger Ausstieg aus der Kohle-Verstromung

³⁸ <https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/stromproduzent-rwe-senkt-beteiligung-an-eon-leicht/25086338.html>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

³⁹ <https://web.archive.org/web/20161220152439/http://www.br.de/nachrichten/energie-atom-justiz-100.html>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

⁴⁰ <https://www.de.cienteearth.org/vertrauensschutz-fuer-braunkohlebetreiber-und-ungewissheiten-zu-lasten-der-umwelt/>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.



nötig wäre. Entgegen der vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik beschloss die Kommission jedoch einen Ausstieg aus der Kohlekraft erst im Jahr 2038 vorzunehmen, was die Erfüllung der Pariser Klimaschutzziele unmöglich macht. Dieses Ergebnis wurde als „Kohle-Kompromiss“ beschönigt. Während des Bundestagswahlkampfes 2021, in dem sich Armin Laschet als Kanzler-Kandidat der CDU bewarb, belog er gar die Öffentlichkeit über das Zustandekommen dieses „Kompromisses“ und gab vor, das Ausstiegsjahr 2038 wäre auf Wunsch der Umweltschutzverbände festgesetzt worden.⁴¹

Auch im Ausland geht RWE brachial gegen den Klimaschutz vor: Im Februar 2021 verklagte der multinationale Konzern die Niederlande für ihren geplanten Kohleausstieg auf Schadensersatz.⁴²

Besitzstruktur

Größter Einzelaktionär von RWE ist der Finanzkonzern BLACKROCK mit 7,15% der Aktien, vertreten durch den BLACKROCK-Vorsitzenden und Gründer Larry Fink.⁴³ Weitere 12% der Anteile befinden sich im „Streubesitz“ privater Aktionär*innen. Die Belegschaft von RWE ist lediglich zu einem Prozent am Konzernbesitz beteiligt. Der mit 80% größte Teil der Aktien gehört Institutionellen Anlegern wie Städten, Kommunen und ihren öffentlichen Unternehmen; davon 24% in der BRD, ebenfalls 24% in den USA und Kanada sowie 19% in Großbritannien.⁴⁴ Das größte Cluster zusammenhängender Anleger in Deutschland bilden die seit bis zu einem Jahrhundert an RWE beteiligten Kommunen und Städte in Nordrhein-Westfalen.

2008 folgten einige Städte und Gemeinden in NRW den allgegenwärtigen Forderungen nach sauberer Energie und begannen ihre Anteile an RWE zu verkaufen, sodass erstmals die Beteiligung dieser Städte und Gemeinden unter 25% sank.⁴⁵ Der überwiegende Teil der Städte hielt jedoch an ihren Beteiligungen fest. Als die Konzernführung 2015 eine Einschränkung der Dividenden-Ausschüttung mit der Begründung ankündigte, dass die Kapitalerhöhung dem Umbau hin zu erneuerbaren Energien dienen solle, hielten die Städte an ihren Geldforderungen fest und verweigerten dem Vorstand 2016 die Entlastung. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe begründete seinen Ausstieg aus RWE im selben

⁴¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/schwere-vorwuerfe-gegen-cdu-kanzlerkandidaten-laschet-luegt-oder-ist-falsch-informiert/27457016.html>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

⁴² Vgl.: de.clientearth.org/rwe-verklagt-niederlande-wegen-der-kohlestilllegung-bis-2030/. Zuletzt abgerufen am 20.08.2021.

⁴³ Larry Fink, CEO des Finanzkonzerns BLACKROCK, wird hier als Vertreter der Großaktionäre von RWE bereits zum zweiten Mal mit dem Dead Planet Award an den Pranger gestellt. Bereits 2017 für seine Beteiligung am Kriegskonzern RHEINMETALL geschmäht. Weitere Informationen zu RHEINMETALL: https://www.ethecon.org/download/Dossier_RHEINMETALL_de_180422_klein.pdf.

⁴⁴ <https://www.rwe.com/investor-relations/die-rwe-aktien/aktionaersstruktur>. Zuletzt abgerufen am 18.09.2021.

⁴⁵ Mit einer Beteiligung von mehr als 25% hielten die Städte und Kommunen von NRW gemeinsam über die längste Zeit der Bundesrepublik Deutschland eine Sperrminorität, womit sie die Übernahme von RWE durch andere Unternehmen hätten unterbinden können. Vgl.: <https://www.vorwaerts.de/artikel/kommunen-verkaufen-rwe-aktien>.



Jahr auch mit dem geschwundenen Mitspracherecht der Gemeinden im Konzern. Dutzende Gemeinden und Städte mussten in den vergangenen Zehn Jahren Abschreibungen auf ihre im Kurs gefallenen RWE-Aktien vornehmen, was viele Haushalte an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte.⁴⁶ 2019 verkauften die Städte Bochum und Düsseldorf sowie der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ihre RWE-Anteile.⁴⁷ Infolgedessen löste sich der Verband Kommunaler Aktionäre (VKA) RWE Westfalen im Sommer 2021 auf und empfahl den verbliebenen kommunalen Gesellschaftern, Anteile an der VKA Rheinland in Essen zu kaufen. Die Stadt Essen, in der sich der Hauptsitz von RWE befindet, hält bis heute allein ganze 2,8 % aller Aktien. Die Stadt Dortmund hielt im Januar 2021 gar 4,79%.

Aus all diesen Gründen stellt ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie den Vorsitzenden des Vorstands Markus Krebber, den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Werner Brandt, den CEO von BLACKROCK Larry Fink und den NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet stellvertretend für die verantwortlichen Manager*innen und Großaktionär*innen des Kohle- und Atomstrom-Konzerns RWE (Deutschland) mit dem Internationalen ethecon Dead Planet Award 2021 international an den Pranger.

Vorstand und Kuratorium fassen ihre Entscheidung zusammen wie folgt:

„In erster Linie verantwortlich für die Verbrechen des Atom- und Fossilenergie-Konzerns RWE (Deutschland) sind Markus Krebber (Vorsitzender des Vorstands), Werner Brandt (Vorsitzender des Aufsichtsrats), Larry Fink (CEO von BLACKROCK) und Armin Laschet (Ministerpräsident NRW). Sie besitzen wesentliche Teile des Konzerns, vertreten die Aktionäre und leiten entscheidend die Firma. Auf ihr Konto gehen der Ruin der menschlichen Gesundheit und die Zerstörung der Umwelt im großen Stil, ja selbst der Tod vieler Menschen. Sie stellen nicht nur eine Gefahr für den Frieden und die Menschenrechte dar, sondern auch für die Demokratie, die Ökologie und die Menschheit insgesamt. Sie handeln zum Vorteil persönlicher Macht und privater Bereicherung. Dafür treten sie Moral und Ethik mit Füßen und nehmen den Untergang der Erde als toter, unbewohnbarer Planet in Kauf.

ethecon sieht im Handeln von Markus Krebber (Vorsitzender des Vorstands) und Werner Brandt (Vorsitzender des Aufsichtsrats), Larry Fink (CEO von BLACKROCK) und Armin Laschet (Ministerpräsident NRW) einen schockierenden Beitrag zu Ruin und Zerstörung unseres Blauen Planeten. Für diese erschreckende Missachtung und Verletzung menschlicher Ethik schmäht

⁴⁶ https://www.kommunalwiki.boell.de/index.php/RWE_und_Kommunen#Verbindung_von_RWE_und_Kommunen_in_der_Diskussion

⁴⁷ Ebenda.



ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie
Fundación Ética & Economía Foundation Ethics & Economy

Internationaler ethecon Dead Planet Award 2021

Hintergrund

deutsch [english](#) [french](#) [spanish](#) [version](#)

ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie die genannten Verantwortlichen von RWE mit dem Internationalen ethecon Dead Planet Award 2021.“



Literatur

„Emissionsgrenzwerte für Kohlekraftwerke: Gesundheitliche Folgen der vorgeschlagenen Grenzwerte in Deutschland“ des Centre for Research on Energy and Clean Air.⁴⁸

„RWE – Vom Winde verweht? Eine Kurzanalyse.“ Greenpeace, März 2021.

„Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit Braunkohlebetreibern: Wesentliche Kritikpunkte aus rechtlicher Sicht.“ Client Earth, März 2021⁴⁹

⁴⁸ Die von der NRO Client Earth in Auftrag gegebene Studie vergleicht die von der Bundesregierung im August 2019 vorgeschlagenen Schadstoffgrenzwerte für Kraftwerke in Deutschland mit von NROs vorgeschlagenen Szenarien.

⁴⁹ Online abrufbar unter: <https://www.documents.clientearth.org/library/download-info/öffentlich-rechtlicher-vertrag-mit-braunkohlebetreibern-wesentliche-kritikpunkte-aus-rechtlicher-sicht/>